

Satzung des Kreisverbandes Freising **(„dieBasis Kreisverband Freising“)** der **Basisdemokratischen Partei Deutschland**

Präambel

Der Satzung vorangestellt sei die folgende Präambel, die dazu dient, den Geist zu erfassen, in welchem die Partei ihre Aufgaben zu erfüllen trachtet:

Der Kreisverband Freising im Landesverband Bayern der Basisdemokratischen Partei Deutschland (Kurzbezeichnung „dieBasis Kreisverband Freising“, alternativ „dieBasis KV Freising“) steht allen Menschen ohne Ansehen der Person, des Standes, der Herkunft, der ethnischen Zugehörigkeit, des Geschlechts, der sexuellen Orientierung, des Bekenntnisses, die beim Aufbau und Ausbau eines demokratischen Rechtsstaates und einer modernen, freiheitlichen Gesellschaftsordnung geprägt vom Geiste sozialer Gerechtigkeit mitwirken wollen, offen. Totalitäre, diktatorische und/oder gewalttätige Bestrebungen jeder Art lehnt dieBasis Kreisverband Freising entschieden ab.

Der Kreisverband dieBasis Freising steht für Achtsamkeit, Aufmerksamkeit und Verantwortung im Sinne von Eigen- und Fremdverantwortung, sowie für eine Gesamtstruktur, in der sich alle Menschen gleichberechtigt an Entscheidungen beteiligen dürfen. Unsere wichtigsten Grundrechte sind die Freiheitsrechte, sowie die Unantastbarkeit der Menschenwürde. Diese überragen alle anderen Grundrechte. Eine freiheitliche Gesellschaft ist nur vorstellbar, wenn Macht begrenzt ist und ihre Ausübung vom Souverän, dem Volk kontrolliert wird. Ziel ist ein liebevoller, friedlicher Umgang innerhalb der Gesellschaft, bei dem das Menschsein und die Menschlichkeit des anderen immer Beachtung finden.

Dem Menschen wohnt eine Schöpferkraft inne, die für eine Erneuerung in der Politik genutzt werden soll. Was dem Leben, der Liebe und der Freiheit dient, muss aufgebaut, gefördert und geschützt werden.

Die neue Politik muss den Menschen als körperlich-seelisch-geistiges Wesen mit all seinen Bedürfnissen und Anliegen für eine lebensfreundliche Welt ins Zentrum setzen. Sie soll Sorge tragen, dass alle Lebensbereiche sich diesbezüglich erneuern: das soziale Leben und Bildung im Sinne der Freiheit, das Wirtschaftsleben im Sinne der Brüderlichkeit und das Rechtsleben im Sinne der Gleichheit. Das bedeutet auch, dass der kranke Mensch anerkennt, dass er Teil des Gesamten ist. Er ist Teil der Welt, der Natur, zu der auch Tiere und Pflanzen gehören. Das beinhaltet, dass der Mensch die Welt und die Natur vollkommen verantwortlich achtet, für sie sorgt, sie schützt und gesund erhält. Mitglieder werden bei uns unabhängig von ihrem Geschlecht als Mitglieder und mit dem generischen Femininum/Maskulinum bezeichnet. Dies ist grundsätzlich geschlechtsneutral zu verstehen.

I. Grundsätze von „dieBasis Kreisverband Freising“	3
§1 Name und Tätigkeit	3
§2 Zweck.....	3
§3 Sitz.....	4
§4 Rechtsstellung	4
§5 Vertretung.....	4
§6 Satzungsänderungen	5
§7 Auflösung	5
§8 Verbindlichkeit der Parteisatzung.....	5
II. Organisation.....	6
§9 Gliederung der Ortsverbände	6
§10 Organe des Kreisverbandes	6
§11 Pflichten des Kreisverbandes	9
III. Mitgliedschaft.....	9
§12 Erwerb der Mitgliedschaft	9
§13 Rechte und Pflichten der Mitglieder	10
§14 Ordnungsmaßnahmen gegen Mitglieder	11
§15 Maßnahmen gegen nachgeordnete Gebietsverbände.....	12
§16 Besondere Pflicht zur Verschwiegenheit	12
§17 Mitgliederbegehren, -befragungen und –entscheid	13

I. Grundsätze von „dieBasis Kreisverband Freising“

§1 Name und Tätigkeit

- (1) „Die Basisdemokratische Partei Deutschland“ (im Folgenden die Partei genannt) ist eine Partei im Sinne des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland und im Sinne des Parteiengesetzes.
- (2) „Die Basisdemokratische Partei Deutschland Kreisverband Freising“ mit der Kurzbezeichnung „dieBasis Kreisverband Freising“ alternativ „dieBasis KV Freising“, (im Folgenden auch „Kreisverband“ genannt) ist ein Gebietsverband der Partei im Sinne des §4, Abs. 2 des Parteiengesetzes im Gebiet des Freistaates Bayern. Sein Tätigkeitsgebiet erstreckt sich auf den Landkreis Freising.
- (3) In der Wahlwerbung und im Wahlverfahren dürfen jeweils nur der satzungsmäßige Name oder dessen Kurzbezeichnung geführt werden.

§2 Zweck

- (1) Der Zweck der Partei ist die Mitwirkung und Förderung der politischen Willensbildung der Bürger auf allen politischen Ebenen in den Kommunen, Kreisen und Bezirken des Landes Bayern, der Bundesrepublik Deutschland und Europa.
- (2) Sie steht allen Menschen ohne Ansehen der Person, des Standes, der Herkunft, der ethnischen Zugehörigkeit, des Geschlechts, der sexuellen Orientierung und des Bekenntnisses offen, die beim Aufbau und Ausbau eines demokratischen Rechtsstaats und einer modernen freiheitlichen Gesellschaftsordnung, geprägt vom Geiste sozialer Gerechtigkeit, mitwirken wollen.
- (3) Totalitäre, diktatorische, faschistische, und/oder gewalttätige Bestrebungen jeder Art lehnt die Partei entschieden ab.
- (4) Die Partei wirkt an der Gestaltung eines freiheitlichen demokratischen Staats- und Gemeinwesens mit, das allen Menschen ein selbstbestimmtes und verantwortliches Leben ermöglichen soll. Eine freiheitliche Gesellschaft beruht auf folgenden vier Säulen:

Freiheit

Die Freiheit ist ein Grundmerkmal unseres Menschseins. Sie schafft den Raum für Entfaltung auf körperlicher, geistiger und seelischer Ebene. Als solches ist die Freiheit im deutschen Grundgesetz in den sogenannten Freiheitsrechten verankert. Sie sind die wichtigsten Grundrechte und werden allen Menschen gleich zugesichert. Wir entscheiden selbstverantwortlich über unser Verhältnis zueinander, ohne die Freiheitsrechte eines anderen zu verletzen. Der Staat und seine Organe haben diese Grundrechte zu achten, zu gewährleisten und jederzeit den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu wahren.

Machtbegrenzung

Zur Gestaltung und Entwicklung des Gemeinwesens übertragen wir - das Volk als Souverän - Macht an Personen und Instanzen. Diese geliehene Macht wird inhaltlich und in ihrer Wirkung eindeutig definiert und zeitlich begrenzt. Das Prinzip der Gewaltenteilung muss stets gewährleistet sein. Unabhängige Medien haben umfassend und wahrheitsgemäß zu informieren. Wir stehen ein für maximale Transparenz des politischen Handelns, die Ergänzung der parlamentarischen Demokratie durch Verfahren der direkten Demokratie und das Einbeziehen von interdisziplinären Gremien.

Achtsamkeit

Achtsamkeit ist Ausdruck unserer Menschlichkeit. Die Einsicht in die Verbundenheit allen Lebens führt zu einem liebevollen und achtsamen Umgang mit uns, unseren Mitmenschen, Tieren, Pflanzen und jeder Lebensform. Wir sind mit allen Sinnen präsent und stets bereit zum offenen Dialog untereinander. Aktives Zuhören und die Regeln der wertschätzenden Kommunikation unterstützen uns in der Achtsamkeit.

Schwarmintelligenz

Wir gestalten Politik durch die Weisheit der Vielen. Damit sich eine starke und stabile Gesellschaft entwickeln kann, braucht es die direkte und gleichberechtigte Beteiligung ihrer Bürger. Viele verschiedene Sichtweisen sollen gleichberechtigt in Entscheidungen mit einfließen und es dürfen dabei auch unterschiedliche Lösungen zur Anwendung kommen. Mit Hilfe moderner Kommunikationsmittel sowie vermehrter Entscheidungsbefugnisse auf lokaler Ebene, ermöglichen wir allen Bürgern, ihre Fähigkeiten und individuellen Potenziale einzubringen.

- (5) Die konkrete Ausgestaltung derer und der Ziele legt die Partei in politischen Programmen nieder.
- (6) Die Partei verwendet ihre Mittel ausschließlich im Rahmen der gültigen Gesetze. Ein Rechenschaftsbericht wird einmal jährlich erstellt.

§3 Sitz

- (1) Der Sitz des Kreisverbandes ist bei der Adresse eines der beiden Kreisvorsitzenden.

§4 Rechtsstellung

- (2) Die „Basisdemokratische Partei Deutschland in Bayern e.V.“ ist ein eingetragener Verein. Sie kann als juristische Person unter eigenem Namen klagen und verklagt werden.
- (3) Der Kreisverband ist rechtlich unselbstständig und wird durch die Partei vertreten.

§5 Vertretung

- (1) Die Partei wird gerichtlich und außergerichtlich von dem oder der Vorsitzenden oder seinem Stellvertreter vertreten. Sie kann im Einzelfall oder allgemein durch Vorstandsbeschluss für bestimmte Arten von Geschäften ein anderes Mitglied des Parteivorstandes mit der gerichtlichen und außergerichtlichen Vertretung beauftragen
- (2) Gerichtsstand ist München, soweit nichts anderes gerichtlich festgelegt wird.

§6 Satzungsänderungen

- (1) Änderungen der Kreisverbandssatzung können nur von einer Mitgliederversammlung mit einer Mehrheit von zwei Drittel der abgegebenen gültigen Stimmen beschlossen werden. Über einen Antrag auf Satzungsänderung kann nur abgestimmt werden, wenn er mindestens fünf Wochen vor Beginn der Mitgliederversammlung beim Kreisvorstand eingereicht worden ist. Dieser ist verpflichtet, mindestens drei Wochen vor Beginn der Mitgliederversammlung den Antrag den Mitgliedern zur Kenntnis zu bringen. Änderungsanträge zu Satzungsänderungen müssen spätestens zwei Wochen vor der Mitgliederversammlung eingereicht werden.

- (2) Niemand hat das Recht, durch mündlichen oder nicht fristgerechten Antrag Satzungsänderungen herbeizuführen.

§7 Auflösung

- (1) Die Auflösung des Kreisverbandes kann durch die dazu berufene Mitgliederversammlung mit einer Mehrheit von drei Viertel der Stimmberechtigten beschlossen werden, nachdem der entsprechende Antrag mindestens sechs Wochen vorher den Mitgliedern mit eingehender Begründung bekannt gegeben wurde. Über sein Vermögen verfügt ein vom Landesparteitag zu wählender Liquidator.
- (2) Die Auflösung einer Untergliederung der Partei kann auch durch den Landesparteitag mit einer Mehrheit von zwei Drittel der anwesenden Stimmberechtigten beschlossen werden, wenn den Mitgliedern der entsprechende Antrag mindestens sechs Wochen vorher mit eingehender Begründung bekannt gegeben worden ist. Dieser Beschluss enthält das Recht der Partei, mit sofortiger Wirkung alle Maßnahmen zu ergreifen, die notwendig sind, um eine neue entsprechende Untergliederung zu gründen.

§8 Verbindlichkeit der Parteisatzung

- (1) Die Satzung der Partei vom 04.07.2020 in der jeweils aktuellen Fassung gilt sinngemäß für alle Gliederungen der Partei.
- (2) Entgegenstehende Bestimmungen oder Satzungen von Untergliederungen werden durch die Parteisatzung aufgehoben.
- (3) Die Finanzordnung, die Beitragsordnung, die Konfliktlösungsordnung – Schiedsgerichtsbarkeit sowie Mediation – und die Geschäftsordnung der Partei sind Bestandteile der Kreisverbandssatzung.

II. Organisation

§9 Gliederung der Ortsverbände

- (1) Der Kreisverband besteht aus den Parteimitgliedern in den Landkreisen und kreisfreien Städten des Tätigkeitsgebietes.
- (2) Der Kreisverband untergliedert sich bei ausreichender Anzahl von Mitgliedern in einer Gemeinde in Ortsverbände. Ein Ortsverband kann mehrere benachbarte Gemeinden umfassen. Er soll aus mindestens sieben Mitgliedern bestehen. Die Kreisverbände können den Ortsverbänden Teile ihrer Zuständigkeit übertragen.

§10 Organe des Kreisverbandes

- (1) Organe des Kreisverbandes

Organe des Kreisverbandes sind

- der Vorstand des Kreisverbandes

- der erweiterte Vorstand
- der Rat der Säulenbeauftragten
- die Hauptversammlung des Kreisverbandes und
- die Stimmkreisversammlung für die Bundestags-, Landtags- und Bezirkstagswahl

(2) Vorstand des Kreisverbands

Der Vorstand des Kreisverbands setzt sich zusammen aus

- bis zu zwei gleichberechtigten Kreisvorsitzenden
- bis zu zwei gleichberechtigten stellvertretenden Kreisvorsitzenden
- dem Schatzmeister
- dem Schriftführer
- bis zu zwei Schwarmbeauftragten

Der Vorstand vertritt den Kreisverband nach außen, erledigt die laufenden Angelegenheiten, bereitet die Sitzungen der Mitgliederversammlung (Hauptversammlung und Stimmkreisversammlung) vor und vollzieht deren Beschlüsse. Er entscheidet über Angelegenheiten des Kreisverbandes, soweit nicht die Mitgliederversammlung zur Entscheidung berufen ist.

(3) Erweiterter Vorstand des Kreisverbands

Der erweiterte Vorstand des Kreisverbandes setzt sich zusammen aus

- dem Vorstand
- dem Vorsitzenden des Bezirks Oberbayern
- den vom Vorstand des Kreisverbandes kooptierten Mitgliedern.

(4) Der Rat der Säulenbeauftragten

Absatz 1:

Der Rat der Säulenbeauftragten setzt sich zusammen aus:

- dem Säulenbeauftragten "Freiheit"
- dem Säulenbeauftragten "Machtbegrenzung"
- dem Säulenbeauftragten "Achtsamkeit"
- dem Säulenbeauftragten "Schwarmintelligenz"

Absatz 2:

Sollte die Position eines oder mehrerer Säulenbeauftragten bei der Wahl oder während der Amtszeit unbesetzt bleiben/sein oder vakant werden, übernehmen die amtierenden Mitglieder des Rates dessen oder deren Aufgaben und sind weiterhin beschlussfähig.

Absatz 3:

Der Rat der Säulenbeauftragten unterstützt den Vorstand im Sinne der vier Säulen. Die Säulenbeauftragten sind nicht Teil des Vorstandes und somit nicht stimmberechtigt, um ihre Neutralität wahren zu können.

Absatz 4:

Der Rat der Säulenbeauftragten ist zu allen Vorstandssitzungen einzuladen. Eine Teilnahme ist den einzelnen Mitgliedern des Rates der Säulenbeauftragten freigestellt. Die Säulenbeauftragten haben in den Sitzungen Rederecht.

Absatz 5:

Der Rat der Säulenbeauftragten hat das Recht, zu Vorstandsbeschlüssen innerhalb von sieben Tagen nach Bereitstellung der Beschlussfassung einen Mitgliederentscheid einzufordern, wenn ein Beschluss den Werten mindestens einer der vier Säulen widerspricht. Eine zeitnahe Durchführung des Mitgliederentscheids obliegt dem Vorstand. Eine vorformulierte Fragestellung wird seitens des Rates der Säulenbeauftragten ausgearbeitet und dem Vorstand zur Verfügung gestellt; diese ist bindend für die Mitgliederbefragung zu verwenden.

Absatz 6:

Das Ergebnis der Mitgliederbefragung kommt zum Tragen, wenn eine einfache Mehrheit der teilnehmenden Mitglieder des dieBasis KV Freising dem Beschluss zustimmt oder diesen ablehnt. Die Mindestbeteiligung am Mitgliederentscheid liegt bei 10 Prozent.

Absatz 7:

Der Rat der Säulenbeauftragten trifft seine Entscheidungen einvernehmlich. Sollte dies nicht möglich sein, wird auf die Methode des Systemischen Konsensierens zurückgegriffen.

(5) Die Hauptversammlung

Die Hauptversammlung ist mindestens einmal jährlich vom Vorstand einzuberufen. Die Einladung hat mit einer Frist von sechs Wochen schriftlich oder per Email zu erfolgen, es sei denn, das Mitglied hat eine Ladung per Email ausgeschlossen.

Darüber hinaus gelten für die Einberufung einer außerordentlichen Hauptversammlung die Bestimmungen der Satzung der Bundespartei (§19 Ziffern 2 und 3) entsprechend.

Die Hauptversammlung hat folgende Aufgaben: Sie

- beschließt über Änderungen der Satzung; Änderungen bedürfen der Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder.
- wählt für die Dauer von zwei Kalenderjahren die Mitglieder des Vorstands sowie zwei Kassenprüfer.
- wählt für die Dauer von zwei Kalenderjahren die Mitglieder des Rates der Säulenbeauftragten
- wählt die Vertreter für die Gremien, insbesondere der Vertreterversammlung des Bezirksverbandes, Landesverbandes und der Bundespartei.

Es ist je Gremium / Vertreterversammlung für jeweils zehn angefangene Mitglieder des Kreisverbands ein Vertreter sowie ein Stellvertreter für Fälle der Verhinderung zu wählen. Zu Vertretern können nur Mitglieder gewählt werden, die bei Bundestags-, Landtags- und Bezirkswahlen wahlberechtigt sind. Zu Vorsitzenden können nur Mitglieder gewählt werden, die nicht Vorsitzende oder Schwarmbeauftragte einer anderen Parteigliederung sind.

- entscheidet über die Entlastung des Vorstands

- entscheidet über grundlegende Fragen des Kreisverbands
- entscheidet über die Verschmelzung und Auflösung der Gliederung.

(6) Die Stimmkreisversammlung

a) Bundestags-, Landtags- und Bezirkswahlen

In Stimmkreisen, die räumlich identisch mit dem Kreisverband sind, wählt die Mitgliederversammlung des Kreisverbands die Stimmkreisbewerber. Bestehen in einem Kreisverband mehrere Stimmkreise, so wählen Stimmkreisversammlungen, welche die Mitglieder des Kreisverbands im jeweiligen Stimmkreis zusammenfassen, die Stimmkreisbewerber.

In Stimmkreisen, die mehr als einen Kreisverband erfassen (Landkreis und kreisfreie Stadt, Teile von Landkreisen usw.), wählt eine Stimmkreisversammlung die Stimmkreisbewerber für die Bundestags-, Landtags- und Bezirkswahl. Diese Stimmkreisversammlung setzt sich aus Mitgliedern der Kreisverbände zusammen, die dem Stimmkreis angehören (Kreisverbände kreisfreier Städte bzw. Landkreise).

b) Kommunalwahlen

Der Kreisverband kann Wahlvorschläge für Gemeinde- und Landkreiswahlen innerhalb eines Gebietes aufstellen und einreichen. Über die Teilnahme des Kreisverbandes an Kreistags- oder Gemeindewahlen entscheidet der Kreisvorstand. Die Aufstellung der Kandidaten erfolgt durch eine Versammlung der im jeweiligen Wahlkreis wahlberechtigten Mitglieder. Darüber hinaus kann der Kreisvorstand auch im Wahlkreis wahlberechtigte Mitglieder der im Landesverband der Partei organisierten Orts-, Stadt, und Kreisverbände zur stimmberechtigten Teilnahme an der Aufstellungsversammlung zulassen. Die Einberufung der Aufstellungsversammlung erfolgt durch einen der Kreisvorsitzenden oder einen ihrer Stellvertreter. Er organisiert die Aufstellung und Einreichung des Wahlvorschlages nach den Bestimmungen des Kommunalwahlrechts, auch wenn der Wahlkreis nicht das gesamte Gebiet des Kreisverbandes umfasst. Es gelten die Fristen des Kommunalwahlrechts, sofern diese Satzung keine kürzeren Fristen vorsieht.

§11 Pflichten des Kreisverbandes

- (1) Der Kreisverband und die nachgeordneten Ortsverbände sind verpflichtet, alles zu unterlassen, was sich gegen die Grundsätze die Ordnung und das Ansehen der Partei richtet.
- (2) Verletzt ein untergeordneter Verband oder dessen Organe diese Pflichten, ist der Vorstand des übergeordneten Verbands bzw. der Partei berechtigt und verpflichtet, diesen zur Einhaltung dieser Pflichten aufzufordern.
- (3) Wird einer solchen Aufforderung nicht binnen einer angemessenen Frist entsprochen, so kann der Vorstand der Partei bzw. des übergeordneten Verbands anweisen, in einer Frist von einem Monat eine Hauptversammlung einzuberufen. Auf dieser ist der direkt übergeordnete Verband berechtigt, die erhobenen Vorwürfe durch seine Mitglieder zu vertreten und, ohne an eine Frist oder Form gebunden zu sein, Anträge zu stellen. Erfolgt die verlangte Einberufung der Hauptversammlung nicht, ist hierzu der übergeordnete Verband berechtigt. Die einzuhaltende Frist beträgt in diesem Fall mindestens zwei Wochen.

- (4) Der Vorstand hat das Recht und die Pflicht, Ermittlungen und Prüfungen durchzuführen. Die nachgeordneten Parteiorgane sind verpflichtet, die entsprechenden Unterlagen vorzulegen und die Auskünfte zu erteilen, die zur Ausübung dieser Pflicht erforderlich sind.

III. Mitgliedschaft

§12 Erwerb der Mitgliedschaft

- (1) Mitglied kann jeder werden,
- der die Grundsätze und die Satzung der Partei anerkennt
 - der das 16. Lebensjahr vollendet hat
 - deutsche Staatsbürger ohne Hauptwohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland, die auf dem Gebiet des Freistaats Bayern Mitglied werden möchten, haben ihren Mitgliedsantrag an den Landesverband zu richten. Dieser weist dem Mitglied einen Ortsverband zu und berücksichtigt dabei nach Möglichkeit die Wünsche des Mitglieds.
 - der nicht in Folge eines Richterspruchs die Wählbarkeit oder das Wahlrecht verloren hat,
 - der keiner anderen Partei oder politischen Vereinigung angehört, die der Satzung der Basisdemokratischen Partei Deutschland widersprechen und
 - der nicht einer extremistisch eingestuften Organisation angehört.
- (2) Mitglieder der Partei können nur natürliche Personen sein.
- (3) Zum Erwerb der Mitgliedschaft ist ein schriftlicher Aufnahmeantrag erforderlich.
- (4) Über die Aufnahme entscheiden zwei Mitglieder des Vorstands des Kreisverbands. Für den Fall, dass keine Einigung über die Aufnahme erzielt werden kann, entscheidet der gesamte Vorstand des Kreisverbands.
- (5) Deutsche Staatsangehörige, die ihren Lebensmittelpunkt im Ausland haben, aber zum deutschen Bundestag wahlberechtigt sind, können ihre Mitgliedschaft beim Kreisverband beantragen.
- (6) Die Ablehnung eines Aufnahmeantrags erfordert keine Begründung.
- (7) Die Mitgliedschaft endet im Falle von Tod
- Austritt
 - Ausschluss
 - Aufgabe des Wohnsitzes in Deutschland bei Mitgliedern ohne deutsche Staatsangehörigkeit oder durch
 - rechtskräftigen Verlust oder Aberkennung der Amtsfähigkeit, der Wählbarkeit oder des Wahlrechts.
- (8) Der Austritt ist ohne begründete Angabe jederzeit durch schriftliche Erklärung an den jeweiligen Landesvorstand der Partei/des Landesvorstands möglich.
- (9) Ein Mitglied kann nur dann ausgeschlossen werden, wenn es vorsätzlich gegen die Satzung oder erheblich gegen die Grundsätze oder Ordnung der Partei verstößt und ihr damit schweren Schaden zufügt.

- (10) Bei Beendigung der Mitgliedschaft findet keine Erstattung oder Verrechnung von Mitgliedsbeiträgen statt.

§13 Rechte und Pflichten der Mitglieder

- (1) Alle Mitglieder haben gleiches Stimmrecht. Jedes Mitglied hat das Recht, im Rahmen der Gesetze und dieser Satzung, die Zwecke der Partei zu fördern und sich innerhalb der satzungsmäßigen Organe an der politischen und organisatorischen Arbeit der Partei zu beteiligen, insbesondere
- das Programm der Partei und des Kreisverbandes mitzugestalten und auf ihre politische Arbeit Einfluss zu nehmen;
 - die Rechenschaftsberichte der Parteiorgane, der Delegierten und der Repräsentanten der Partei entgegenzunehmen, zu prüfen und zu ihnen Stellung zu nehmen;
 - an den Mitgliederversammlungen mit Stimmrecht teilzunehmen;
 - bei der Aufstellung von Bewerbern für parteiinterne und öffentliche Wahlen mitzuwirken;
 - Parteiämter zu übernehmen, für allgemeine Wahlen als Bewerber benannt und für öffentliche Ämter in Vorschlag gebracht zu werden, soweit die Wahlgesetze das zulassen.

Neumitglieder sind erst nach Ablauf von vier vollen Monaten der Mitgliedschaft berechtigt, bei Wahlen des Kreisverbandes ihr aktives und passives Wahlrecht auszuüben.

- (2) Jedes Mitglied hat die Pflicht, sich für die Ziele der Partei einzusetzen, ihre Grundsätze zu vertreten und diesen entsprechend zu handeln. Dies umfasst auch die Zusammenarbeit zwischen den Vorständen der Partei, der Untergliederungen und den in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich gewählten Mandatsträger.
- (3) Wer ein Parteiamt oder als Repräsentant der Partei ein öffentliches Amt übernimmt, ist verpflichtet, dieses gewissenhaft zu führen und über seine Amtsführung auf Verlangen des Wahlgremiums Rechenschaft zu geben.
- (4) Die Mitglieder sind zur Leistung von Beiträgen verpflichtet. Die Höhe der Beiträge bestimmt die Mitgliederversammlung der Partei (Parteitag). Die Ausübung des Stimmrechts ist an die Erfüllung der Beitragspflicht gebunden. Näheres regelt die Finanzordnung der Partei.

§14 Ordnungsmaßnahmen gegen Mitglieder

- (1) Verstößt ein Mitglied gegen die Satzung, gegen Grundsätze oder die Ordnung der Partei und fügt ihr damit Schaden zu, so können folgende Ordnungsmaßnahmen verhängt werden:
- Verwarnung
 - Verweis
 - Enthebung von einem Parteiamt
 - befristete Aberkennung aller oder einzelner Mitgliedsrechte, insbesondere des Rechts auf die Bekleidung von Parteiämtern bis zu einer Höchstdauer von zwei Jahren.
- (2) Ordnungsmaßnahmen gemäß Absatz (1) können insbesondere verhängt werden bei
- ehrenrührigem oder Parteischädigendem Verhalten;

- ehrverletzenden oder sonstigen Handlungen zum Nachteil eines oder mehrerer Parteimitglieder;
 - schuldhafter oder auf Untätigkeit zurückzuführender mangelhafter Führung eines Partei-amtes.
- (3) Die Parteiorgane, die Ordnungsmaßnahmen verhängen können, sind die Bezirksverbände, handelnd durch den Vorstand. Soweit diese nicht existieren, sind es die nächsthöheren Parteiorgane. Der Vorstand entscheidet mit einer Mehrheit von zwei Dritteln.

§15 Maßnahmen gegen nachgeordnete Gebietsverbände

- (1) Verstoßen die satzungsmäßigen Organe einer Untergliederung, deren Vorsitzende oder eine Gruppe von Organmitgliedern durch Beschlüsse oder ihr Verhalten schwerwiegend gegen wesentliche Grundsätze oder die allgemeine Ordnung der Partei oder bindende Weisungen der nächsthöheren Gliederung, so können gegen die Untergliederung folgende Maßnahmen verhängt werden, soweit nicht im Wege der Mediation die betroffenen Organe oder Personen eine Einigung erzielt haben:
- a) Der Entzug der nach dieser Satzung, der Finanzordnung oder durch rechtsgeschäftliche Erklärung eingeräumten Vollmacht, die Partei rechtsgeschäftlich zu verpflichten oder sonst zu vertreten.
 - b) Die Auflösung aller oder einzelner Organe einer Untergliederung mit der Maßgabe, dass die zur Neubestellung der Organe berufene Mitglieder- oder Delegiertenversammlung die Neuwahl der Organe binnen einer im Auflösungsbeschluss zu bestimmenden Frist vorzunehmen hat. Der Auflösung von Organen steht der Entzug des Rechts zur Entsendung von Delegierten gleich. Maßnahmen im Sinne des Absatzes 1a werden durch den Landespartei-vorstand mit einer Mehrheit von zwei Drittel beschlossen; Maßnahmen im Sinne des Absatzes 1b werden durch das Landesschiedsgericht nach Anhörung der betroffenen Organe oder Personen verhängt.

§16 Besondere Pflicht zur Verschwiegenheit

- (1) Interna, die Persönlichkeitsrechte von Mitgliedern und Mitarbeitern betreffen, können per mehrheitlichem Beschluss eines Organs als Verschluss-sache deklariert werden. Über Verschluss-sachen ist grundsätzlich aus vorgenannten Gründen Verschwiegenheit zu wahren. Verschluss-sachen können per mehrheitlichem Beschluss von diesem Status befreit werden.
- (2) Beratungen und Beschlüsse eines Organs der Kreisvereinigung oder der Fachausschüsse können durch Beschluss für vertraulich erklärt werden. In diesem Beschluss ist auszusprechen, was unter Vertraulichkeit im einzelnen Fall zu verstehen ist.
- (3) Mitglieder der schiedsgerichtlichen Instanz sind auch nach Beendigung ihres Amtes zur Verschwiegenheit über die ihnen in Ausübung ihres Amtes bekannt gewordenen Tatsachen und über die Beratung auch gegenüber Parteimitgliedern verpflichtet.

§17 Mitgliederbegehren, -befragungen und -entscheid

- (1) Der Kreisverband entscheidet bis auf die nachfolgenden Ausnahmen grundsätzlich auf der Basis von Mitgliederentscheiden. Ein Mitgliederentscheid findet nicht über den Haushaltsplan der Partei, die Beschäftigung von Mitarbeitern und andere Fragen der inneren Organisation der Partei und der Parteigeschäftsstelle statt.
- (2) Der Vorstand des Kreisverbandes hat das Recht, gemeinsam mit der beantragten Formulierung einen Alternativantrag zur Abstimmung zu stellen. Der Kreisverband ist angehalten, vorab Informationsveranstaltungen zum Thema des jeweiligen Mitgliederentscheids durchzuführen.
- (3) Über die formale Zulässigkeit eines Antrags entscheidet der Vorstand des Kreisverbands. Gegen einen negativen Entscheid des Vorstands des Kreisverbands steht die Beschwerde beim Landesschiedsgericht offen.
- (4) Der Mitgliederbefragung kommt politische, nicht aber rechtliche Wirkung zu. Die gesetzlichen und satzungsmäßigen Grundlagen bleiben unberührt.

Haag an der Amper, den 15.03.2023

Gez.

Werner Zacharias und Stefan Nocon